

Beschluss (vorläufig) Digitale Souveränität stärken: Unsere Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie schützen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 30.11.2025
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

1 Europa und Deutschland befinden sich in einer Zeit tiefgreifender geopolitischer
2 und technologischer Umbrüche. Digitale Technologien sind längst zu einem
3 zentralen Machtfaktor in der globalen Ordnung geworden. Wer sie kontrolliert,
4 bestimmt zunehmend auch über wirtschaftliche Stärke, politische
5 Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Resilienz. Während autoritäre Staaten
6 technologische Kontrolle gezielt ausbauen, geraten Demokratien unter Druck, ihre
7 digitale Unabhängigkeit zu sichern. US-Präsident Donald Trump versucht
8 europäische Digitalgesetze als Hebel in den Zoll- und Handelsverhandlungen zu
9 nutzen, um mühsam erkämpfte europäische Standards gezielt zu schwächen und den
10 Einfluss US-amerikanischer Konzerne zu sichern. Auch China drängt mit staatlich
11 gestützten Tech-Konzernen auf europäische Märkte. Große Abhängigkeiten von
12 einzelnen Anbietern bleiben ein großes Problem, wenn es darum geht,
13 Eigenständigkeit zu wahren. Europas und Deutschlands Antwort auf diese
14 Herausforderungen kann nur darin bestehen, diese Abhängigkeiten zu erkennen, sie
15 zu reduzieren, offene, transparente und sichere Infrastrukturen zu fördern,
16 eigene technologische Fähigkeiten auszubauen und eine größere digitale
17 Souveränität als Leitlinie einer wertebasierten Außen-, Wirtschafts- und
18 Digitalpolitik zu begreifen. Selbstbestimmt agiert nur, wer darüber entscheiden
19 kann, wie digitale Infrastrukturen, Online-Plattformen und Daten
20 ineinandergreifen und nach welchen Regeln sie funktionieren. Dafür braucht es
21 Wahlfreiheit über digitale Dienste, die interoperabel ausgestaltet und modular
22 kombinierbar sind.

23 Auch und gerade im Bereich der inneren Sicherheit zeigt sich ein
24 besorgniserregender Trend: Noch immer sind – trotz jahrelanger Diskussionen und
25 Warnungen – sehr relevante Teile unserer digitalen Infrastrukturen im
26 Sicherheitsbereich, auf Servern und in Cloud-Lösungen, bei denen der Zugriff
27 durch entsprechende rechtliche Regelungen nicht ausgeschlossen ist. Statt diese
28 Abhängigkeiten und Risiken schnellstmöglich zu reduzieren und für angemessene
29 Schutzstandards zu sorgen, versuchen Teile der aktuellen Bundesregierung
30 weitere, extrem risikoreiche Abhängigkeiten und Gefahren zu schaffen. Gerade hat
31 die Bundeswehr einen neuen Vertrag mit Google über die Nutzung der Cloud
32 geschlossen. Die schwarz-rote Bundesregierung prüft derzeit den Einsatz der
33 Analysesoftware des US-Unternehmens Palantir auch in Bundesbehörden, obwohl der
34 Deutsche Bundestag dies ablehnt und die Innenministerkonferenz vor neuen
35 Abhängigkeiten und Gefahren warnt.

36 Bereits in der vergangenen Wahlperiode haben wir Grünen uns dafür eingesetzt,
37 grundrechtskonforme automatisierten Analysetools für die Polizei entwickeln zu
38 lassen und dabei auf europäische Anbieter zurückzugreifen. Ihr Einsatz benötigt
39 eine klare Rechtsgrundlage und effektive demokratische Kontrolle. Palantir wird
40 diesem Anspruch nicht im Ansatz gerecht. Deshalb lehnen wir den Einsatz solcher

41 Analysesoftware der Firma Palantir grundsätzlich ab. Wir wollen KI-gestützte
42 Analyseinstrumente nur dann nutzbar machen, wenn sie rechtsstaatlich klar
43 begrenzt, datenschutzkonform gestaltet und jederzeit nachvollziehbar sind – mit
44 transparenter Prüfung, Zweckbindung und voller Datenhoheit der Behörden.

45 Für digitale Souveränität müssen wir eigene europäische Lösungen aufbauen,
46 leistungsfähige Konsortien fördern und als Staat verlässlich als Ankerkunde
47 auftreten. Dass wir strategisch den Anschluss auch auf unserem eigenen Markt
48 verpassen, zeigt die Entscheidung Europas größten Softwarekonzerns SAP mit dem
49 KI-Anbieter OpenAI zu kooperieren, um künftig Verwaltungen, Schulen und
50 Universitäten sowie andere öffentliche Einrichtungen in Deutschland mit
51 Anwendungen der Künstlichen Intelligenz zu versorgen. Solche Kooperationen
52 verschärfen nicht nur weitere Abhängigkeiten, sondern bedeuten auch die
53 Verlagerung eines nicht unerheblichen Teils der Wertschöpfung sowie des
54 Cashflows und verschaffen den US-Giganten möglicherweise einen unentgeltlichen
55 Zugang zu weiteren wertvollen Datensätzen. Statt sich weiter von den großen
56 Foundationmodellen abhängig zu machen, sollte auch der zielgenaue Einsatz
57 kleinerer Modelle erwogen werden.

58 Die digitale Abhängigkeit von außereuropäischen Anbietern ist längst
59 systemrelevant. Ob Cloud-Dienste, Betriebssysteme, KI-Anwendungen oder
60 sicherheitskritische Hardware, zentrale technologische Infrastrukturen stammen
61 überwiegend aus den USA oder China. Sowohl Wirtschaft, Verwaltung und
62 Bürger*innen haben nur noch begrenzte Wahlfreiheit über Hardware, Software und
63 Plattformen; oftmals geben marktdominante Akteure vor, wie wir digital agieren
64 können, und wie unsere Daten verarbeitet werden.

65 Die Umsetzung der Europäischen Digitalgesetze wie DSA, KI-VO, DSGVO, Data Act
66 und DMA muss nun zügig und einheitlich erfolgen. Dazu braucht es eine zügige und
67 konsequente Umsetzung mit einer schlanken und klaren Aufsichtsstruktur. Durch
68 die Bündelung zentraler Zuständigkeiten in einer gut ausgestatteten
69 Digitalagentur als „One-Stop-Agency“ für Bürger*innen, Wirtschaft und Verwaltung
70 kann die Durchsetzung des europäischen Regelungsrahmens effizient und
71 transparent gewährleistet werden und so fairen Wettbewerb, den Schutz der
72 Verbraucher*innen und Grundrechte sicherstellen. Deutschland und Europa müssen
73 deshalb strategisch umsteuern und eigene technologische Kapazitäten aufbauen.

74 Ein wichtiger Schritt sind Investitionen in freie, offene und vertrauenswürdige
75 Technologien, vor allem durch die öffentliche Hand als Kundin. Sie ist dem
76 Gemeinwohl, der Verhältnismäßigkeit ihrer Ausgaben, dem verantwortlichen Umgang
77 mit Ressourcen und einer langfristigen Servicesicherheit verpflichtet. Mit
78 sogenannter Free and Open Source Software wird Wechselfähigkeit, Nähe zum
79 Anbieter zwecks Weiterentwicklung und Wartung im Ernstfall leicht möglich sein.

80 Mit der Aufnahme der IT-Sicherheit in das 500 Mrd. Euro-Sondervermögen haben wir
81 die Grundlage geschaffen, um Abhängigkeiten deutlich zu reduzieren und zukünftig
82 verstärkt auf Eigenentwicklungen zurückgreifen zu können. Mit der Sovereign Tech
83 Agency und dem Zentrum für Digitale Souveränität wurden in der vergangenen
84 Wahlperiode wichtige Grundlagen geschaffen. Nun braucht es langfristige Förder-,
85 Beschaffungs- und Investitionsstrategien, die Open Source, europäische Anbieter
86 und faire Wettbewerbsbedingungen auf digitalen Märkten gezielt stärkt.

87 Gerade der digitalaffine deutsche Mittelstand kann von offenen, interoperablen
88 und souveränen Technologien profitieren: Sie senken Abhängigkeiten von globalen

89 Konzernen, ermöglichen eigene Software- und Servicelösungen und schaffen neue
90 Märkte für nachhaltige und sichere IT-Produkte "Made in Germany".

91 Unsere digitale Infrastruktur muss so gestaltet sein, dass sie vor
92 Machtmissbrauch geschützt ist. Digitalisierung muss unserer Demokratie und
93 Menschenrechten dienen und nicht eine Gefahr für sie sein. Beste Daten- und
94 Grundrechtsschutz-Standards, Verschlüsselung und Dezentralität sind kein
95 Selbstzweck, sondern Schutz vor Überwachung, Diskriminierung und
96 Machtkonzentration. Dafür setzen wir uns im Sinne einer aktiven Digitalen
97 Außenpolitik, zum Beispiel im Rahmen von UN-Prozessen, Standardisierungsgremien
98 und multilateralen Foren, ein. Diese Standards sind zugleich Motor für
99 vertrauensbasierte und transparent Innovation und somit ein Wettbewerbsvorteil
100 auf dem Markt für Verbraucher*innen und Unternehmen, die Klarheit über ihre
101 Rechte und ihre Daten wollen. Eine digitale Infrastruktur, die auf Offenheit
102 sowie Kontrolle durch Parlamente und Öffentlichkeit setzt, ist die beste
103 Versicherung gegen antidemokratische Versuchungen. Digitalisierung muss
104 demokratisch kontrolliert, resistent gegenüber autoritärem Zugriff und
105 faschismussicher sein!

106 Als Grüne machen wir seit langem auf den Mehrwert von besten IT-
107 Sicherheitsstandards und Openness-Modellen, die Verbraucher*innen-Recht stärken
108 und zentral für Vertrauen in digitale Anwendungen sind, aufmerksam. Schleswig-
109 Holstein hat sich unter grüner Regierungsbeteiligung dafür entschieden,
110 Souveränität mit Open Source zu realisieren und versteht die Schaffung von
111 digitaler Souveränität durch Open Source Lösungen auch als Industriepolitik für
112 die Digitalwirtschaft. Das Land fördert heimische IT-Unternehmen, stärkt damit
113 den Standort für Fachkräfte und setzt darauf, dass entsprechende Lösungen,
114 beispielsweise durch den Wegfall von teils horrenden Lizenzkosten längerfristig
115 sogar günstiger als die Lösungen proprietärer Anbieter sind. Von solchen Best-
116 Practice-Beispielen können sowohl Bund als auch andere Länder lernen. Deshalb
117 sollte ein strukturierter Austausch über erfolgreiche Modelle digitaler
118 Souveränität etabliert werden, auch gemeinsam mit europäischen Staaten, die auf
119 diesem Weg bereits weiter sind.

120 Europa und Deutschland brauchen jetzt eine strategische Neuausrichtung ihrer
121 Digitalpolitik. Statt jedes Jahr hunderte Millionen Euro in Lizenzgebühren an
122 US-Konzerne zu zahlen, müssen öffentliche Mittel gezielt in deutsche und
123 europäische Alternativen fließen. Langjährige Lizenzbindungen und geschlossene
124 Systeme haben zu digitalen Pfadabhängigkeiten geführt, die neue Abhängigkeiten
125 fortschreiben. Wer technologische Souveränität will, muss diese Lock-in-Effekte
126 gezielt aufbrechen und den Umstieg auf offene Standards gezielt politisch
127 forcieren. Nur durch Investitionen in offene, sichere und transparente
128 Technologien kann Europa seine digitale Handlungsfähigkeit sichern. Auf
129 europäischer Ebene ist eine wichtige Perspektive die EuroStack-Initiative, mit
130 der europäische Akteur*innen gemeinsam an einer souveränen digitalen
131 Infrastruktur arbeiten. Ziel ist es, offene und interoperable Technologien zu
132 entwickeln, die zentrale staatliche und wirtschaftliche Anwendungen unabhängig
133 von außereuropäischen Plattformen ermöglichen. Deutschland sollte die Initiative
134 aktiv unterstützen und sich dafür einsetzen, dass sie zu einem strategischen
135 Kernprojekt europäischer Digitalpolitik ausgebaut wird.

136 Digitale Souveränität ist mehr als Technologiepolitik. Sie ist eine Investition
137 in die Menschen, die Europas digitale Zukunft gestalten. Wenn wir Innovation mit

138 Gemeinwohl, Transparenz und Nachhaltigkeit verbinden, schaffen wir nicht nur
139 neue Arbeitsplätze, sondern auch Vertrauen in den digitalen Wandel. Wir wollen
140 Talente fördern, die digitale Freiheit, Verantwortung und Demokratie zusammen
141 denken. Dafür braucht es eine gezielte europäische Förderstrategie für Open-
142 Source-Unternehmen, Start-ups und kleine sowie mittlere Betriebe, die faire
143 Rahmenbedingungen und Planungssicherheit schafft. Durch Investitionen in
144 Ausbildung, Fachkräfteentwicklung und Forschung können wir Talente in Europa
145 halten und neue Fachkräfte gewinnen, die unsere Werte und unseren
146 Gestaltungsanspruch teilen.

147 Wir Grüne wollen ein digitales Ökosystem, das demokratisch, nachhaltig und offen
148 gestaltet ist, die Resilienz unserer Gesellschaft stärkt und digitale Teilhabe
149 unabhängig vom Einkommen und sozialem Status ermöglicht. Im Mittelpunkt stehen
150 sechs Handlungsfelder, in denen politisches Handeln jetzt besonders gefragt ist.

151 1. Europäische digitale Infrastruktur ausbauen

152 Deutschland muss die bereits ressortübergreifend vereinbarten Absprachen zur
153 Stärkung der digitalen Souveränität Deutschlands und Europas, etwa in der
154 Nationalen Sicherheitsstrategie, endlich mit politischem Leben füllen und
155 konsequent umsetzen. Europäische Initiativen wie die EuroStack-Initiative sollen
156 aktiv vorangetrieben und eine souveräne, offene und interoperable Cloud- und
157 Dateninfrastruktur in Europa gestärkt werden. Dazu braucht es klare
158 Souveränitätsmaßstäbe in der Beschaffung, insbesondere bei Clouddiensten. Ein
159 Baustein dabei sind gemeinwohlorientierte, offen zugängliche europäische
160 Datenräume für Forschung und KI. Projekte, welche die europäischen
161 Rechenkapazitäten stärken oder eigene LLMs sowie industrielle Foundation-Modelle
162 entwickeln, gilt es besonders zu unterstützen. Ziel ist der Aufbau einer starken
163 europäischen Cloud-, KI- und Halbleiterindustrie, die den europäischen
164 Datenschutz- und Sicherheitsstandards entspricht und rechtswidrige
165 Datenabflüsse, insbesondere ins Ausland effektiv zu unterbinden. So können wir
166 auch für Länder außerhalb Europas eine attraktive Kooperationsmöglichkeit
167 eröffnen. Ansätze aus Deutschland wie der „DeutschlandStack“ müssen europäisch
168 kompatibel ausgestaltet werden.

169 2. Open Source zum Standard machen

170 Deutschland muss das Vergaberecht modernisieren! Bei öffentlichen IT-
171 Beschaffungen müssen offene Standards, offene Schnittstellen und Open-Source-
172 Lösungen Vorrang vor proprietärer Software haben. Bei neu entwickelter Software
173 der öffentlichen Verwaltung soll "Public Money, Public Code" als Leitbild
174 dienen. Souveränität muss in Vergabeverfahren der öffentlichen Hand stärker
175 gewichtet werden. Folgekosten, die sich beim Einsatz von proprietären Lösungen
176 durch den Lock-In-Effekt und mangelnde Wechseloptionen ergeben, müssen in die
177 Wirtschaftlichkeitsbetrachtung aufgenommen werden. Bis 2029 muss ein Open-
178 Source-Anteil von mindestens 70 % bei Vergaben erreicht werden. Hierbei gilt es,
179 diesen Anteil genauer messbar zu machen: Wo proprietäre Lösungen vor allem
180 Lizenzkosten verursachen, gelten für Open-Source-Kosten andere Strukturen. Ziel
181 ist es Lösungen zu priorisieren, die zugleich Leistungsfähigkeit und Offenheit
182 ermöglichen.

183

184 3. Digitale Souveränität in der Bildung und Wissenschaft stärken

185

186 Digitale Souveränität muss auch in Schulen und Hochschulen gewährleistet sein.
187 Heute basieren zentrale Lern-, Kommunikations- und Forschungssysteme oft auf
188 proprietären Plattformen außereuropäischer Konzerne – mit Risiken für
189 Datenschutz, pädagogische und wissenschaftliche Unabhängigkeit sowie
190 langfristige Sicherheit. Wir wollen deshalb, dass Bildungseinrichtungen
191 schrittweise auf europäische, gemeinwohlorientierte und offene Technologien
192 umsteigen, damit Forschung und Lehre nicht von geschlossenen KI- oder Cloud-
193 Systemen abhängig ist. „Public Money, Public Code“ soll auch für öffentlich
194 finanzierte Bildungs- und Forschungssoftware gelten. Digitale Kompetenz,
195 Plattformkritik und ein grundlegendes Verständnis von KI gehören verbindlich in
196 Curricula, damit kommende Generationen souverän und selbstbestimmt mit
197 Technologie umgehen können.

198 4. Kritische digitale Infrastrukturen schützen und europäisch absichern

199 Wir müssen die digitalen Infrastrukturen unseres Landes insgesamt besser
200 schützen. Anhaltende Fälle von Spionage, Sabotage und Cyberangriffen zeigen
201 deutlich, wie gefährdet insbesondere die kritische Infrastruktur Deutschlands
202 ist. Gerade hier gefährden auch Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern
203 die Sicherheit und Handlungsfähigkeit unseres Staates. Die EU verpflichtet mit
204 der NIS-II- und der CER-Richtlinie zu einem umfassenden Schutz dieser zentralen
205 Systeme. Wir fordern eine kohärente Umsetzung beider Vorgaben in einem
206 Dachgesetz sowie den klaren Ausschluss unsicherer Komponenten in sensiblen
207 Bereichen. Auch unser Finanzsystem muss vor neuen digitalen Abhängigkeiten
208 geschützt werden; wir wollen seine Stabilität sichern, den Zugriff von Big Tech
209 auf unsere Daten und Stablecoins begrenzen und zugleich europäische Innovationen
210 stärken.

211 5. Europäische Innovationskraft stärken

212 Gezielte Investitionen in Forschung, Start-ups und mittelständische IT-
213 Unternehmen und bessere Bedingungen für Gründungen fördern den Aufbau
214 unabhängiger Schlüsseltechnologien. Um fairen Wettbewerb zu gewährleisten,
215 braucht es zudem eine europäische Digitalkonzernsteuer, die große Plattformen
216 angemessen am europäischen Gemeinwohl beteiligt. Open Source, faire
217 Wettbewerbsbedingungen und europäische Zusammenarbeit sind die Grundlage für
218 technologische Souveränität. Insbesondere der innovationsstarke Mittelstand
219 profitiert, wenn offene Standards und europäische Technologien
220 Planungssicherheit bieten. So entstehen neue Geschäftsmodelle,
221 Wertschöpfungsketten und Exportchancen für Unternehmen, die auf Sicherheit,
222 Nachhaltigkeit und digitale Eigenständigkeit setzen. Der Staat kann dabei als
223 verlässlicher Ankerkunde auftreten, um europäischen Anbietern Planungssicherheit
224 zu geben und selbst mit gutem Beispiel für souveräne und nachhaltige Beschaffung
225 voranzugehen. Dafür braucht es praxistaugliche Beschaffungsinstrumente wie
226 Direktvergaben bis 50.000€ sowie eine Innovationsklausel für Direktvergaben an
227 Start-Ups. Zudem muss der europäische Rechtsrahmen klarer und leichter
228 navigierbar werden. Eine gebündelte One-Stop-Agency für die nationale Umsetzung
229 europäischer Digitalgesetze sowie eine bessere Harmonisierung schaffen
230 verlässliche Bedingungen für die Digitalwirtschaft, wie es mit dem digitalen
231 Omnibus in Europa angegangen wurde. Unternehmensgründungen sollten europaweit
232 einfacher werden. Eine europäische Rechtsform wie eine "EU Inc." und das Ziel,
233 Start-Up Gründungen innerhalb 24 Stunden zu ermöglichen, stärken europäische
234 Innovationstreiber.

235 6. Nachhaltigkeit als Leitprinzip der Digitalisierung

236 Digitale Souveränität kann nur gelingen, wenn sie ökologisch und sozial
237 verantwortungsvoll gestaltet ist. Digitale Anwendungen können sehr energie- und
238 ressourcenintensiv sein, bieten zugleich aber auch enorme Chancen für
239 Klimaschutz, Ressourceneffizienz und nachhaltiges Wirtschaften. Insbesondere KI
240 gestützte Analysen, Modelle und Anwendungen können Klimaschutzmaßnahmen
241 gezielter und Ressourceneinsatz effizienter gestalten. Diese Potenziale müssen
242 erschlossen werden. Nur eine nachhaltige Digitalisierung ist eine souveräne
243 Digitalisierung. Wenn Europa auf Green IT und Kreislaufwirtschaft setzt,
244 verbindet es technologische Unabhängigkeit mit Klimaschutz und Verantwortung für
245 eine lebenswerte digitale Zukunft.

246 7. Demokratie und Gemeinwohl digital absichern

247 Daten- und Grundrechtsschutz, Verschlüsselung und Transparenz müssen
248 Grundprinzipien staatlicher IT sein. Digitale Souveränität ist nur dann
249 glaubwürdig, wenn sie nicht nur in Sonntagsreden beschworen, sondern auch mit
250 konkretem politischem Leben gefüllt wird. Sie muss Demokratie, Grund- und
251 Menschenrechte sowie dem Gemeinwohl nutzen. Sie bedeutet nicht Abschottung,
252 sondern in einer zunehmend komplexen Welt, die Fähigkeit, technologische
253 Entscheidungen zukünftig unabhängig und wertebasiert zu treffen. Dazu gehört
254 auch, dass wir die Europäischen Gesetze in diesem Bereich effektiver machen und
255 durch transparente Aufsicht - etwa eine öffentliche Compliance-Datenbank für
256 Gatekeeper - stärken, statt sie als Spielball geopolitischer Interessen des
257 Weißen Hauses oder als Zugeständnis an undifferenzierte Deregulierungswünsche
258 nach dem Motto "anything goes" zu schwächen oder gar abzuschaffen. Um die
259 Marktmacht großer Tech-Konzerne wirksam zu begrenzen, müssen Aufsichtsbehörden
260 zudem ausreichend ausgestattet sein, damit sie fairen Wettbewerb durchsetzen
261 können. Der Digitale Gesetzesrahmen der EU muss konsequent, schlank und mit
262 klaren Zuständigkeiten umgesetzt werden. Die zuständigen Behörden und Agenturen
263 müssen die Umsetzung der europäischen Vorgaben aktiv begleiten und gegenüber den
264 Unternehmen transparent erklären. So entsteht ein klarer Rechtsrahmen, der
265 Menschenrechte im Digitalen Raum garantiert und zugleich Investitionssicherheit
266 sowie Freiräume für Innovation bietet.

267 8. Vielfalt statt Plattformdominanz - Kultur- und Medienvielfalt sichern

268 Kreativ- und Medienschaffende sind zunehmend von wenigen globalen Plattformen
269 abhängig, deren intransparente, marktprägende Algorithmen Sichtbarkeit und
270 Einkommen bestimmen. Diese Machtkonzentration gefährdet Vielfalt, faire
271 Vergütung und eine unabhängige Medien- und Kulturlandschaft. Wir setzen uns für
272 algorithmische Transparenz, faire Vergütungsmodelle und nutzerzentrierte
273 Ausschüttungen ein, die besonders kleinere und unabhängige Akteur*innen stärken.
274 Marktbeherrschende Strukturen im digitalen Werbemarkt müssen aufgebrochen
275 werden, damit Einnahmen wieder bei den Inhaltproduzent*innen ankommen.
276 Plattformdominanz entzieht Medienhäusern wesentliche Erlöse und bedroht die
277 demokratische Öffentlichkeit; KI-Empfehlungssysteme verstärken dies. Die EU muss
278 auf Basis des DMA und des Wettbewerbsrechts faire Bedingungen schaffen und
279 Medieninhalte wieder sichtbar machen. Zur Sicherung kultureller und medialer
280 Vielfalt fördern wir offene und unabhängige Alternativen. Europaweit entstehen
281 Plattformen, die ohne Datenprofile, intransparente Algorithmen oder
282 Konzernkontrolle auskommen. Sie sind ein wichtiger Baustein für offene digitale

283 Öffentlichkeiten. Wir wollen ihre Entwicklung politisch stärken und sie selbst
284 nutzen, um Räume für vielfältige Inhalte, demokratischen Austausch und
285 kulturelle Teilhabe zu schaffen.

286

287 Europas digitale Zukunft gehört uns allen und entsteht im Schulterschluss mit
288 anderen Demokratien, die für offene Standards, souveräne Technologien und eine
289 freie digitale Ordnung eintreten. Europa muss jetzt eine Führungsrolle
290 übernehmen - gemeinsam können wir die freie Welt sichern und Demokratie und
291 Freiheit gegenüber autoritären Tech-Modellen verteidigen. Wir haben die Chance,
292 ein digitales Europa zu schaffen, das Freiheit, Innovation und Gerechtigkeit
293 miteinander verbindet. Diese Chance dürfen wir nicht den Techkonzernen
294 überlassen. Europas digitale Zukunft gehört uns allen!